

# Graphische Stimmen

Organ für Vertretung der Interessen aller in graph. Kunstanstalten, Buchbindereien (und verwandten Berufen) der Papier-, Tapeten- und Farbenbranche beschäftigten gelehrten Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementspreis 75 Pfg. vierteljährlich. Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Palmstraße 14. Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 4gesp. Zeile 20 Pfg. Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg. Für Postbezug: Postamt Köln.

## Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 13. Wochenbericht pro 1911 fällig.

Der heutigen Zeitungsenbung liegen die Abrechnungsformulare sowie Nachweistarte für das Kaiserlich statistische Amt über ausgegabte Arbeitslosen- und Heilerunterstützung, für das erste Quartal 1911 bei. Wir erlauben dringend, die statistische Karte bis längstens Mittwoch, den 5. April an uns einzusenden. Es muß dies von allen Zahlstellen geschehen, selbst wenn keinerlei Unterstützung ausgezahlt wurde. Ferner ermahnen wir die Ortsverwaltungen und Bezirksleiter Vorjorge zu treffen, daß die Abrechnungen bis längstens 14 Tage nach Quartalschluß gerichtet werden.

Ferner liegt der heutigen Nummer ein vom Gesamtverband der geistlichen Gewerkschaften herausgegebenes Flugblatt, „Wo leben wir in der deutschen Arbeiterbewegung“ bei. Wir empfehlen dasselbe allen Mitgliedern zum eingehenden Studium. Wer es gelesen, werie es nicht weg, sondern gebe es an gleichgesinnte Kollegen und Kolleginnen weiter. Bei weiterem Bedarf wende man sich an die Verbandszentrale.

Der Zentralvorstand  
J. K.: Oberbach.

## Der geistig-sittliche Wert wirtschaftlicher Organisationen.

Alles was in der geistigen Bewegung ein öffentliches Gepräge trägt, muß strenge auf seinen Wert oder Unwert geprüft sein. Es erfordert dies gerade die Gegenwart ausdrücklich, denn noch nie wurde das Spiel der Täuschung so reichlich in seiner Vollenbung Triumphe feiern können, als in unseren Tagen und — den kommenden!

Einerseits ist es als ein Kulturfortschritt zu bezeichnen, daß die völkerrrechtlichen Fragen nicht mehr der Einzelne mit falschen Rechts- und Rechtsbegriffen entscheidet, sondern immer eine geschlossene, aus dem Chaos der Meinungen sich durchsetzende Gesamtheit. Der große deutsche Staat mit seinen Bundesstaaten und darin besonders Bayern, baut seine Ehre und Autorität auf Rücksichtnahme aller Stände auf. Dies leugnen zu wollen, hieße jeder Objektivität abhandeln zu sein. Daß mit dieser kulturellen Ertragskraft alle zufrieden sein sollen und können, dies sei gemiß nicht beabsichtigt. Ja, es wäre weit gefehlt, wenn dem so wäre und die Volksenergie lahm gelegt sei. Das Streben nach besseren Ertragsleistungen darf nie erlahmen, nur die Art des Strebens darf die gegenseitige menschliche Verbindung nicht außer Acht lassen. Ob die Städte im Ringen des Alltagslebens im gesellschaftlichen Ansehen, im Charakter, im Ehrgeiz, im Wohlstand, in der physischen Kraft oder im Geldbeutel, die Richtung ist immer die Gleiche, und der schwächer an Gaben besetzte Mensch unterliegt dem, der mit log. Gliedmaßen besser bedacht ist. Doch es gäbe kein so hartes Ringen, so bitterer Streit, wenn die Befehlsgebanten in jeder Weise es erkennen würden, daß sie dazu berufen wären, davon nach Kräften den Mitbewerbern zu geben. Das trifft beim materiellen Besitz zu wie beim Besitz besonderer geistiger Kenntnisse. Diese Sittenanpassung ist unseren Tagen fremd, so fremd wie der leichtfertigen Menschheit. Ihr Werden und Sein — Gottes Wesen.

Darum entsacht sich allüberall ein bitterer Kampf der Meinungen und Fragen des Jochs, des Volkes, des Staates, des Seins und Nichtseins. Durch diese geht das wie ein roter Faden die Kardinalfrage der Menschen, gibt es ein geistiges Leben — ein Fortleben — oder nicht?

Nicht zuletzt finden all diese ungelösten Probleme, wenn sie verächtet und erwählten Führern anvertraut sind, ihren Ausdruck in den Parolen unten.

Die wirtschaftlichen Organisationen, von denen in diesem Thema die Rede sein soll, sind, wollen sie nicht ohne Einfluß und Bedeutung bleiben, wohl in vorbestimmter Weise auf die Parolen, auf die Abgesandten angewiesen; zur eindringlichen Wahrung ihrer

Verursachungsinteressen. Nur dadurch verschaffen sie sich die unbedingt notwendige Bedeutung. Dieser Weg sollte stets als derjenige angesehen werden, der eben diesen wirtschaftlichen Organisationen die Selbständigkeit wahr und ihnen das Bestimmungsrecht in sozialen Fragen nicht beschneidet. Die weltliche soziale Gesellschaft einer wirtschaftlichen Organisation dürfen nie durch einseitige Parteierziehung und durch deren Programm gesteuert werden, sonst leidet das Ganze. Wir legen dies deutlich an den sozialdemokratischen Gewerkschaften, die durch den Druck der Partei ihr eigentliches Ziel total verfehlt haben, zum bitteren Nachteil des arbeitenden Volkes.

Die Endziele politischer Parteien sind wohl meist tiefer Natur. Eine wirtschaftliche Bewegung, die nur von einer Partei eingesetzt ist, muß willig mit bis zum Endpunkt. Wenn nun die sozialdemokratische Partei bekanntlich als ihr Endziel die Abschaffung aller weltlichen und göttlichen Autorität erachtet, dann ist jedem Einsichtigen klar, daß damit das Volk aufs tiefste herabgedrückt wird. Somit können die sozialdemokratischen Gewerkschaften, abgesehen von keinen momentanen Reformen, nie zum Segen, sondern zum Fluch der Arbeiterschaft bestehen. Das erkennt der wahrhaftige Genosse leider nicht, ja er will es nicht, der daraus für ihn entstehenden Konsequenzen wegen. Was heißt denkende Menschen als Bedingungsloses und Unwandelbares an sich haben, das lassen sie nicht, auch wenn sie wissen, daß es schlecht ist!

Unter einem geordneten Staatswesen erfreut sich das Volk dem Schutze desselben; ja dieser Schutz erstreckt sich bis zum Privatigentum, und bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit wird der Staat als verantwortlicher Faktor angerufen. Es ist auch ein Zeichen verkehrter Volkserziehung, vom Staate Alles zu verlangen, persönlich aber nicht den geringsten Tribut bringen zu wollen. Nur jene Völker sind groß und mächtig geworden, die sich als Glieder des Vaterlandes, auch in dessen Dienst stellten! Für ein Kulturvolk, wie das Deutsche, ist es beschämend, wenn Strömungen sich breit machen, die vom Staate einerseits alles fordern und andererseits denselben bekämpfen, ja ihn der Verachtung durch Wort und Bild preisgeben. Darin wird von Volkrednern viel gesündigt, wenn die Weisheit dahin geht, Versprechungen zu einem Schlafrastland zu geben, wenn es nur Rechte und keine Pflichten, wenn es nur ein Genießen, aber keine sittliche Selbsterhaltung geben soll!

Wir befinden uns in der Weise auch in absteigender Linie, daß die großen allgemeinen öffentlichen Interessen sich immer mehr spezialisieren, in Standesinteressen sonder. Es tritt dies tagtäglich markanter hervor, nicht zum Vorteil der gesamten Entwicklung. Greifen wir nur einmal drei Hauptstände heraus:

### Kaufmann, Arbeiter und Bauer.

Jeder möchte das erste Binsenurteil. Es ist wohl begreiflich, daß jeder Stand seine Sonderinteressen vertritt, er darf sich aber gegen andere Faktoren, auf die er ebenfalls angewiesen, nicht die Augen verschließen und in seiner „Jagd nach dem Glück“ sich in eine Sackgasse verrennen. Kein Stand kann sich auf Kosten des anderen allein an die reiche Tafel setzen, es wäre von kurzer Dauer mit bitterer Enttäuschung. Würde etwa der Arbeiterstand für sich Fortschritte wollen auf Kosten des Bauernstandes, so würde er den Akt ablagen, auf dem er sitzt. So ist's im allgemeinen. Das Wort „Arbeit“ bindet alle drei Stände in gleicher Weise gemeinsam. Im weitesten Sinne genommen haben sie die Pflicht, in Einheit diesem Wort Wert zu verleihen, das gleiche Ziel, das gleiche Streben. Die Arbeit, soll sie richtig erfasst und gewertet werden, dann muß man aus der Quelle schöpfen, aus dem Ursprung alles Werdens, aus dem geistigen Wort und dessen Sittendogma. Man muß die Gesteine erkennen, wo diese zum Fluch werden kann, statt zum Segen allen Lebens.

Was dem Menschen nützlich ist, was den Körper stärkt, den Geist erhebt und den Charakter festigt, darf nie als brüdenes Joch von den Bestehenden gegeben und Bestehenden betrachtet werden. Die Arbeit ist der Regenerationspunkt aller menschlichen Wesen. Wer sie als Last empfindet, oder durch Trägheit und Wollerei erlegt, richtet sich selbst physisch und moralisch zu

Grunde und sündigt gegen die Mitmenschen. Männer, denen Arbeitsenergie für ihr Wohl und das Wohl der Menschheit eigen, die sind hoch zu schätzen und die nützlichsten Glieder der menschlichen Gesellschaft. Wer die Arbeit verachtet, der ist zu bebauern, denn er hat sich selbst gerichtet. Die Arbeit muß uns das Vermußtsein reifen, daß sie nicht allein um des täglichen Brotes willen, sondern um geistiger Verdienste willen, auch nach dem Tode verrichtet werden kann und soll. Dazu allerdings ist die Erkenntnis jener Wahrheit als Mittelpunkt um den sich alles kreist unerlässlich, daß das Leben eine Krankheit ist und die Genesung nach dem Tode erfolgt!

Unter solchen Voraussetzungen leite man erst die organisatorischen Gebilde zum materiellen Sein! Dann ist es möglich, nicht bloß Materie und sonst nichts zu kennen, sondern dem Stoff geistiges Leben zuzuführen. Diese Gedanken stehen leider vereinzelt, mühen aber Allgemeinheit sein aller, bis zum letzten denkenden Menschen. Das wäre Erziehungsbetrieb, den Schwere der Eiden wert!

Unserer Tage, mögen sie doch trügen, geben flagenwertem Maße wenig frohe Aussicht. Im Wogen und Treiben sieht und hört man nichts als Sinnen und Streben im und nach nacktem Materialismus.

### Der Materialismus

Ist nicht zu verwerfen, er muß sein, aber aufgebaut auf getrigem Fundament! Das nur kann seine Form vereiteln und die häßlichen Erscheinungen wie Göttermumie, Haß, Neid, Fanatismus, Erbfinn, Unbuddisamkeit, Einbildung, Verblendung, Hochmut und Stolz, ja noch eine Reihe schwererer Vergehen, mildern auf ein kleines Maß zurückgebrängt werden!

Gerade die Arbeiterklasse, die doch um ihres Standeswillen um große soziale Probleme kämpfen, sollten in ihren geschlossenen organisatorischen Machtstellungen im Sinne höherer Gedanken, aus denen Ideale keinen können streben und nicht das leugnen, was ihnen zum Teil sei.

Ihre gesellschaftliche Stellung, die doch bedeutungsvoll ist und von großem Einfluß, muß abgewogen sein. Je nach der Richtung, die von der organisierten Arbeiterschaft in der großen Frage des Lebens eingenommen wird, wird die Masse zum guten oder schlechten geleitet. Soweit ist die Arbeiterschaft erzogen, daß sie weiß, was die wirtschaftliche Organisation für sie ist und wann auch aus engerem Eigenan nach viele fern stehen, lieber als wilde leben, statt sich der Ordnung einfügen. Sozial Interesse hat jeder, daß er Mitläufer jener Richtung ist, die in der Zeit dominiert. Weiden wir bei den Arbeiterorganisationen und fragen wir es frei heraus, daß gerade die Machtstellung eine gewissenhafte Führung erfordert. Was nützt das alleinige Wissen aller Arbeiterfragen das schöne wohlgeprägte Wort, die Gabe eines angenehmen Vortrages, ja all das Besagte, wenn es der Wahrheit nicht dienlich ist und wenn das sittliche Verhalten einer solchen Person mit dem so glatt Gefagten in Widerspruch steht? Wer sich ohne innere Überzeugung öffentlich betätigt, wer sein Amt, sagen wir als Arbeiterführer als nacktes Geschäft betrachtet, wer seiner Pflicht nicht aus innerer Überzeugung nachgeht, ja, wer als Erzieher der Massen seiner inneren Stimme nicht mehr folgt, der wird nie als Erzieher und Führer Gutes wirken. An der Spitze von Arbeiterorganisationen stehen, das ist eine verantwortungsvolle Tätigkeit. Wenn die Erziehung der Massen, die Vertretung und Führung derselben übergeben, der muß, soll er nützlich sein, einen ganzen Mann erkennen lassen, ohne Schwächen und lockerer Daseinsauffassung. Ihm darf nichts als Berufung erscheinen, sonst verderben hier mehr als sonst schlechte Beispiele gute Sitten.

Arbeiterorganisationen mit bloß materialistischen Tendenzen ohne jegliche geistige Wirksamkeit, die haben den verkehrten Weg eingeschlagen, dieser kann nur abwärts, nie aufwärts führen.

Im engeren Sinne von den Gewerkschaften gesprochen, sei betont, daß doch gerade sie den Wert der Arbeit mit dem Wert des Geschöpfes genau abzuwägen haben. Im Begriffe „soziale Wirten“ verliert sich mehr als Geld. Die im Menschen schulummernden geistigen Fähigkeiten zu wecken, das ist die erste und vornehmste Aufgabe. Wer im Volke durch Intelligenz zu einem Führer geworden, gleich in welcher Art, der darf den Menschen nicht bloß als Stoff ansehen und demgemäß behandeln.



Männer, die als Bekenner des Unglaubens, als Atheisten Propaganda treiben und sich erklähren von Volksbefreiung zu leben, die sind von traurigem Wahnsinn befangen. Das sind keine Volkserzieher, sondern Volksverführer! Wer sich überhaupt über das Hohe und Bohin des Menschen nicht klar ist, wer zu trüg ist, um nach der Quelle zu forschen und mit feuchten Ideen um sich wirft, der ist ein Störenfried jeder notwendigen Gesellschaftsharmonie. Wer Führer ist, der muß die Menschheit betrachten, sie in ihrer sorgfältigen Reihenfolge nehmen und die beherrschten Kulturfortschritte als Tradition hüten und bewahren, sie mit hinüberleitend als geistige Erbschaft zur nächsten Generation. Nur das nennt man Aufbauen. Wo diese Seelenstimmungen fehlen, geschieht das Gegenteil, es wird niedergedrückt.

Materialismus ohne geistigen Fundament führt zum Monismus, Atheismus, zur Anarchie, zum Zerfall!

(Schluß folgt.)

## Zur Naturgeschichte des deutschen Buchbinder-Verbandes.

In der jüngst verfloffenen Zeit wurde sowohl von der sozialdemokratischen politischen Presse, wie auch der sozialdemokratischen Gewerkschaftspresse ein großes Geschrei erhoben, über eine angebliche Rechtschönung der christlichen Gewerkschaften. Es wimmelte von „Berat“ an den Arbeiterinteressen, „Zukunft bei den Unternehmern“, „Lebergang ins „gelbe Lager“ und wie die schon landläufig gewordenen Leberreibungen und Lägereien nur alle lauten mögen. Weshalb der Skandal? War etwas besonderes geschehen? War nicht? Nur eins hatte die Zeitung unserer Organisationen „verbrochen“. Von ihnen, von Anbeginn an behaupteten Grundfragen, wurde kein Atom verleugnet. Aber von gewisser Seite wurde versucht und wird auch wohl noch des öfteren versucht werden, unsere Gewerkschaften unterschieden sich bloß dem Namen nach von den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Und da war es nötig, unsere Grundfrage noch einmal klar und präzis zum Ausdruck zu bringen. Es geschah dieses in dem Artikel des Zentralblattes „Christliche Gewerkschaften, Staat und Unternehmertum“. Daß diese Darlegungen in dem Artikel wohl treffend waren, beweist das Gegenschrei der roten Presse. Mit allem Nachdruck wurden die Unterschiede hervorgehoben, die uns vom Klassenkämpferischen Gegner trennen und daß trotz gelegentlichem Zusammengehen, uns eine unüberbrückbare Kluft vom Gegner trennt, sowohl in der Frage der Weltanschauung, wie in unserer Stellungnahme zu Staat und Unternehmertum.

Dazu kommt nun noch die durch die bevorstehenden Reichstagswahlen erhöhte Spannung zwischen den bürgerlichen Parteien und der sozialdemokratischen sogenannten „Arbeiterpartei“. Von letzterer wird mit allem Hochdruck darauf hingearbeitet, alle Kräfte sich diesbezug zu machen und auch die Gewerkschaften vollständig vor ihren Parteifarben zu spannen. In dieser Situation war es uns nun sehr interessant in der Buchbinderzeitung (Nr. 11 d. J.) einen Artikel zu finden der eine vollständige Rechtschönung des Verbandes bedeutete, wenn man in ihm mehr wie ein tatsächliches Manöver erblicken wollte.

### „Sammungen für Reichstagswahl und Raiffeisfonds“

ist der Artikel überschrieben. In seinem ersten Teile behandelt er die politische Tätigkeit der Verbandsmittelglieder, er erwartet, daß jedes Mitglied sich an den notwendigen Vorarbeiten für die bevorstehende Reichstagswahl beteiligen werde und weist auf die Wichtigkeit dieser Wahlen auch für die Gewerkschaftler hin. Für welche Partei diese Vorarbeiten geleistet werden sollen, darüber herrscht keine Meinungsverschiedenheit. Sodann aber fährt das Blatt fort:

„Doch die Reichstagswahlen sind eine rein politische Handlung und wenn auch in den Gewerkschaften, in deren Organe, Versammlungen usw. auf den Wert derselben hingewiesen wird, dann geschieht dies, damit auch alle diejenigen, die politisch nicht organisiert sind, auf ihre Pflichten und Rechte aufmerksam gemacht und zur Teilnahme am politischen Leben aufgeuntert werden. Alles aber, was mit den Wahlen oder sonstiger politischer Tätigkeit in Verbindung steht, geschieht außerhalb der Gewerkschaft und ist Sache der politischen Organisationen der Arbeiter. Und wenn auch die kommenden Reichstagswahlen viel selten je von Bedeutung für die Gewerkschaft sind und auch von der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft regter Anteil an den Wahlarbeiten genommen werden muß — was übrigens jedermann erwartet —, dann hat doch alles Arbeiten für diese außerhalb der Gewerkschaften zu geschehen. Darum halten wir es auch für nicht gut, wenn jetzt aus Gewerkschaftskreisen heraus Beschlüsse bekannt werden, die auf das Gegenteil hinausgehen. So lies erst vor kurzer Zeit eine Notiz durch die Presse, nach der eine der Vorständekonferenzen der dem Stettiner Gewerkschaftsartell angeschlossenen Organisationen dahin sich aussprach, daß der diesmalige Reichstagswahlkampf außerordentliche Kosten verursachen würde und darum folgender Antrag mit großer Majorität angenommen wurde:

„Die Vorstandskonferenz verpflichtet die Vorstände der dem Stettiner Gewerkschaftsartell angeschlossenen Gewerkschaftsorganisationen, in ihren Verbänden dahin zu wirken, daß zur Ansammlung eines Wahlfonds pro Mitglied ein Beitrag von 50 Pf. geleistet wird. Diese Beiträge sind von den Mitgliedern durch Ortsbeiträge oder Sammelweisen zu erheben.“ Weiter wurde beschlossen, daß diese Beiträge innerhalb fünf Monaten aufgebracht werden müssen.

Das Stettiner Gewerkschaftsartell hat damit seine Befugnisse überschritten, es hat sich um Dinge gekümmert, die nicht zu seinen Obliegenheiten gehörten. Das gehört ausgesprochen und es sollte dies auch von der Stelle aus geschehen, die hierzu mehr als jemand

anders kompetent ist: von der Generalkommission. Wir müssen nach wie vor daran festhalten, daß in gewerkschaftlichen Institutionen auch nur für gewerkschaftliche Zwecke Sammlungen veranstaltet und Beiträge gesammelt, und daß aus den Reihen der Gewerkschaften Gelder für politische oder andere Zwecke nicht hergegeben werden. Diese Gelder sind für gewerkschaftliche Zwecke gesammelt und sollen nur diesen dienen. Für andere Zwecke sammle man in den hierfür in Frage kommenden Institutionen. Wägen darum auch die Parteiorganisationen nach Mitteln und Wegen Umschau halten, wie Munition für den Wahlkampf herangeholt wird, jeder überzeugte Arbeiter wird mit-helfen, dahingehende Beschlüsse durchzuführen. Aber den ohnehin schon belasteten Gewerkschaften neue Bürden aufzuladen, das lasse man bleiben. Der Gewerkschaftler wird ja doch nicht nur als Gewerkschaftler seinen Obolus zu dem Wahlkampf entrichten, sondern auch — soweit er politisch organisiert ist — außerdem noch als Parteimitglied. Diese zwangsmäßige Doppelbelastung ist außerdem ungerecht, denn sie trifft doch nur den überzeugten Arbeiter, der gewerkschaftlich und politisch organisiert ist. Alle anderen sind frei davon, da ja eine moralische Verpflichtung für sie nicht besteht. Zu alledem haben solche Beschlüsse einen recht fragmentarischen Wert, denn außer der moralischen Verpflichtung, die der einzelne sich damit auferlegt fühlt, gibt es kein Pressionsmittel, welches gegen die Nichtbeachtung solcher Beschlüsse angewandt werden kann. Denn die aus der Wirklichkeit zum Verband entfallenden Rechte sind durch die erfüllten Pflichten gegenüber der Gewerkschaft erworben und sie sind darum in keiner Weise gegen die Nichtachtung solcher Beschlüsse auszuspielen. So hat sich denn auch der Vorstand unseres Verbandes in seiner letzten Sitzung aus Grund der ihm gewordenen Mitteilungen dahin erklärt, daß für die Mitglieder unseres Verbandes keinerlei Verpflichtung bestesse, derartigen Beschlüssen nachzukommen. Eine freiwillige Befolgung solcher Beschlüsse ist natürlich unseren Mitgliedern unbenommen.“

Wie vernünftig das klingt! Wir trauten unseren Augen nicht, als wir diese Zeilen lasen. Fast ganz unsere Auffassung von der politischen Tätigkeit der Gewerkschaften.

Aber es kommt noch schöner. In seinem zweiten Teil beschäftigt sich der Artikel mit dem in einigen Wochen wieder stattfindenden Schauspiel der berühmten Raiffeier. Inner Tag, der so sehr als Tag der Arbeit in Poesie und Prosa gefeiert wurde und von Jahr zu Jahr jämmerlicher ausfällt. Zwar sieht man auch heute noch gern, wenn die Arbeiter feiern, aber für die Opfer dieser zweifachen Demonstration will keiner zahlen. Seit Jahren streiten sich Partei und Gewerkschaften herum, wer die Kosten zahlen soll. Die Buchbinderzeitung schildert nun, wie die Sachlage bezüglich des Zahlens ist, wie besonders die rote Partei befreit ist, nichts für die Opfer ihres Leidens auszuwerfen. Wie gerade der Nürnberg Partei eine Regelung dieser Frage wieder nicht gemacht hatte und man schließlich die Sache zum Abschluß brachte, indem Bezirksfonds gebildet werden sollen, aus denen die irregulären Arbeiter eine Unterstützung erhalten sollten. Doch auch diesem Bezirksfond lehnt die Leitung des Buchbinderverbandes ab, weil nach ihrer Meinung hierüber erst ein Gewerkschaftsorgan beschließen müßte. Und nun kommt ein Sündenbekenntnis. Die Buchbinderzeitung fährt fort:

„Wenn schon diese Gründe ausreichen, eine Verpflichtung zur Beteiligung an den Bezirksfonds strikte abzulehnen, dann mit ungleich größerem Rechte die Tatsache, daß unser Buchbinderverband mit Recht und Recht auf Grund seiner Erfahrungen die Arbeitstube am 1. Mai in keiner Weise propagieren und fördern kann. Auf ihn trifft in einem Maße, wie wohl nicht gleich auf einen anderen Verband die Bestimmung zu, daß die Propagierung der Raiffeier zu unterbleiben hat, wenn durch die Arbeitstube unerwünschte Konflikte entstehen können. Denn der 1. Mai fällt gerade in unsere allerflaueste Geschäftszeit.“

Nachdem man sich in dieser Weise mit den beiderseitigen Situationen auseinandergesetzt hat, kommt der Beschluß des Verbandsvorstandes an dessen Spitze Herr Emil Roth steht, bei dessen Wahl man allgemein von einer Umschwungung des Buchbinder-Verbandes sprach. „Von allen den im vorstehenden kurz skizzierten Gründen ließ sich darum auch der Vorstand unseres Verbandes leiten, als er in seiner letzten Sitzung seine Stellung zu den Raiffeier- und Wahlbeiträgen wie folgt präzisierete:

In letzter Zeit sind in mehreren Orten Beschlüsse gefaßt worden, welche die Mitglieder der Gewerkschaften zu Beiträgen für die Raiffeierfonds und auch für Sammlungen zu politischen Wahlen verpflichten. Der Verbandsvorstand sah sich daher veranlaßt dazu Stellung zu nehmen und er kam zu folgendem Beschluß: Es besteht keine Verpflichtung für die Verbandsmitglieder, derartigen Beschlüssen nachzukommen, auch dürfen ihnen Nachteile aus ihrer Weigerung nicht erwachsen. Selbstverständlich ist ihnen eine freiwillige Befolgung solcher Beschlüsse unbenommen.

Werden jedoch von Zahlstellen Raiffeiermarken die Mitglieder verkauft, deren Erlös zur Unterstützung arbeitsloser oder sonstiger hilfsbedürftiger Kollegen und Kolleginnen verwendet wird, so empfehlen wir den Mitgliedern, sich nicht davon auszuschließen. Im übrigen hat der Verbandsvorstand seit Jahren grundsätzlich alle Unterstützung solcher Mitglieder, die wegen der Raiffeier ausgeperrt oder gemargelert wurden, abgelehnt und wird das in Zukunft auch tun.

Mit dieser klaren Stellungnahme dürfte den Interessen unseres Verbandes am besten gebient sein.“ Als nach dem Rdnner Gewerkschaftsartell 1905 der damalige Redakteur der Buchbinderzeitung Schmidt, sich über die Behauptung der beiden, diesem Kongreß gestellten Fragen „Raiffeier und Generalkongreß“ sich befriedigt

äußerte, geriet er mit dem Verbandsvorsitzenden Roth in argen Konflikt. Roth plaidierte damals mehr für Raiffeier und innigen Anschluß an die Sozialdemokratie und verlangte auch vom Redakteur Schmidt, Raiffeierartikel. Darob erhielt er von demselben eine Antwort, die zwar grob aber auch nur zu wahr ist und es verdient, nochmals aufs Tapet gebracht zu werden. Sie lautete:

„Emil Roth meint, es sei der größte Widerspruch, wenn wir verpflichtet seien, mehr als bisher für Durchführung der Arbeitstube zu sorgen, und unser Organ bringe keinen Raiffeierartikel. Ich kenne einen größeren Widerspruch! Das ist der, daß der Redakteur gezwungen werden soll, die Mitglieder durch die Zeitung zum Anheften der Arbeit zu veranlassen, und wenn sie deshalb gemargelert werden, der Verbandsvorstand ihnen die Unterstützung verweigert mit der Maßgabe, sie haben das auf ihr eigenes Risiko getan! Gibt denn überhaupt noch etwas Widerspruches, Jalousiequarteres auf dieser Welt? Mag also erst auch unser Verbandsvorstand diesen „großen Widerspruch“ beseitigen, dann läßt sich über die Propagierung der Arbeitstube am 1. Mai weiter reden. Was dann geschieht, soll jetzt hier nicht ertört werden.“

Ich aber sage, so lange das nicht ist, bin ich nicht gewissenlos genug, unsere Rolle zu verlieren, alljährlich ihre Stellung zu verlieren, um sie arbeitslos und unter Umständen ohne Unterstützung aufs Raiffeier zu sehen. Mancher würde durch die Raiffeier arbeitslos und bliebe bei der großen Arbeitslosigkeit im Gewerbe vielleicht ein halbes Jahr arbeitslos, um dann bei der nächsten Raiffeier wieder in dieselbe Katastrophe zu kommen. Viele der ärgsten Schreier in der Raiffeierfrage befinden sich in Stellungen, wo sie nicht ihre eigene Haut zu Marke tragen müssen. Fragt sie, die das alljährlich tun müssen, und ihr werdet eine andere Antwort bekommen!“

Die jetzige Auslassung des Verbandsvorstandes stellt also eine zwar nicht gewollte Rechtfertigung des früheren Redakteurs dar, und hatte der Mann denn nicht Recht? Wenn etwas die Arbeiterfreundlichkeit der Sozialdemokratie kann, so ihr Verhalten bezüglich der Raiffeier. Wie mancher Kollege und selbst mancher Verheiratete hat sich durch die bombastische Klame für den Raiffeierwindel betören lassen und hat gefeiert und lag dann nachher auf der Straße. Kam er dann in seiner Not zu seinen „Genossen“, ja dann gab es Schulterzucken aber keine Unterstützung für den Verführten. Steine statt Brot!

Man könnte sich über diese Rechtschönung des Buchbinderverbandes sogar freuen, wenn nicht für den Verband besondere Umstände beständen, die es viel wahrscheinlicher erscheinen lassen, daß es gerade diese sind, die eine derartige Erklärung veranlassen haben und nicht eine prinzipielle Schönung bedeuten. Der Fuchs verliert seine Haare, aber nicht seine Sinne. Da ist erstens die bittere Lehre, die er beim letzten Tarifabschluß erhalten hat. Durch die mehrseitigen Berliner Kollegen wurde eine Aussperrung herbeigeführt, die dem Verband sein ganzes Vermögen kostete und ihn auch noch ungehörige Schuldenlast aufbürdete. Und das ist auch für radikale Vorgesetzte eine harte Pille.

Da ist zweitens die alte Erfahrung, daß es ein Anderes ist nach einem Ministersejel zu spielen als selbst darauf zu sitzen. (Siehe Briand.)

Nun steht der Buchbinderverband wieder vor einem Tarifabschluß. Der vorige Abschluß war so wenig befriedigend, daß selbst die Buchbinderzeitung schrieb: „Die Erfolge (?) sind die Opfer nicht wert!“ Außer seinen nennenswerten Erfolgen war der Arbeitgeberverband noch in der Lage, den Gehilfen einen Ablaufstermin für den Tarif auszudeckeln, der es fast ausschließt, durch einen Kampf höhere Forderungen durchzuführen.

Auch hat sich der in Betracht kommende Verband der Buchbinder-Besitzer noch zu gutem gegen Streit-schäden verschert, indem sie fast vollständig dem wegen seiner scharfmacherischen Tendenz satfam bekannten sächsischen Textil-Arbeitgeber-Verband beigetreten sind. Die Arbeitgeber sind also gut, so sehr gut gewappnet. Was bleibt da übrig, als seine Hoffnungen auf ein friedliches Uebererkommen zu setzen. Und um dafür Stimmung zu machen, hängt man sich ein dünnes Neutralitätsmännchen um. Nachher und hinter der Hand kann man ja doch wieder im alten Jahresspiel gegen die „Gewerkschaften“ in Wirklichkeit auftreten, wenn der Kollege, der nur einige Jahre gewerkschaftlich organisiert ist und nicht während dieser Zeit geschlafen hat. Wer es aber schwarz auf weiß will haben, wie die Neutralität im Buchbinder-Verband in Wirklichkeit beschaffen ist, der lese die Artikel „Neutralität“ und „Zur Neutralitätsdebatte“ in den Nummern 46, 47, 48, 49, 50 des Jahrganges 1900 nach.

Es war zu erwarten, daß die rote Presse einen solchen artigen Erguß nicht stillschweigend vorübergehen lassen würde und so sehen wir denn auch, daß der sozialdemokratische Statistiker Volkstote sich der Sache schon angenommen hat.

Sie bringt einen Artikel „Gewerkschaftliche Neutralitätsfragen“ den die Buchbinderzeitung eine „ausge-sprochene Flegel“ nennt. Doch darüber in nächster Nummer.

### Ueber eine besonders Art von Schwarzheit

beslagen sich oft bei Tarifverhandlungen die Prinzipale. Damit ist diejenige Arbeit gemeint, welche von Seiten der Gehilfen nach Feierabend noch für eigene Rechnung angefertigt wird. Dieser Ansicht nach hat diese Arbeit eine gewisse Berechtigung. Es sind uns schon Kollegen bekannt geworden, welche bis tief in die Nacht hinein noch für ihre noch und nach erworbenen Kunden arbeiten. Dazu gehören nicht zu Preisen, welche den arbeitsbedürftigen nicht angemessen sind. Daß deshalb die Arbeitgeber Grund haben zu klagen über solche „Schwarzarbeit“, dürfte jeder vernünftig denkende Kollege wohl einsehen.



Es wird mir da vielleicht mancher einwenden, ich muß aber doch auch darnach trachten einen Notgroßverdienst auf die Seite zu bringen; oder: ich muß noch nebenbei verdienen, um mit meiner Familie durchzukommen. Mit dem Gohne, den ich erhalte, kann ich das aber nicht. Nun, bei einzelnen Fällen mag solches wirklich zutreffen, aber in den meisten Fällen muß diese Ausrede als nicht stichhaltig gelten. Wenn solch ein Kollege bedenken würde, wie sehr er sich durch diese Lieberarbeit an seiner Gesundheit schädigt und dadurch auch seine Familie, so wird er zu einer anderen Ansicht kommen müssen.

Weiter. Warum streben wir denn eigentlich für kürzere Arbeitszeit? Um hernach zu Hause uns noch müder zu arbeiten, als wir in der Werkstatt geworden sind? Doch gewiß nicht. Wir verlangen kürzere Arbeitszeit unserer Gesundheit wegen; um den Nerven, welche durch die rastlose, aufreibende, meistens übermäßig anstrengende Maschinenarbeit auch die notwendige Ruhe zu verschaffen; das Weiteren, damit der Arbeiter sich auch mehr seiner Familie widmen kann. Wird das alles aber dadurch erreicht, daß wir zu Hause die Tätigkeit fortsetzen? Meistenteils ist ein solcher dermaßen überspannt, daß er veranlagt, daß ihm der Sinn für die Notwendigkeit der Schonung seiner Kräfte vollständig abgeht. Da, größtenteils sind gerade solche Kollegen die schlechtesten Gewerkschaftsmitglieder, wenn sie überhaupt noch die Notwendigkeit der Organisation erkennen. Jedemfalls sind sie meistenteils überhaupt nicht für die Gewerkschaft zu haben; sparen sie dadurch doch auch noch die Groschen für eine solche Mitgliedschaft.

Vielleicht wird hier mancher denken, es sei nicht der Rede wert, hiergegen aufzutreten. Dergleichen seien doch nur Ausnahmen. Leider muß ich aber konstatieren, daß besonders in einigen Städten des Rheinlandes solches schon nicht mehr zu den seltenen Ausnahmen gehört. Wenn Arbeiter in Massen eingearbeitet werden, über ganze Pflanzungen von Büchern von solchen „Heimarbeitern“ angefertigt, oder, falls diese Arbeit von ihm allein nicht mehr bewältigt werden kann, er dieselbe irgend einem recht billigen Kleinmeister übergibt, um sie nachher mit einigen Prozenten Aufschlag abzugeben, so hat auch die Gewerkschaft als ehrlicher Tarifkontrahent die Pflicht, darüber nicht stillschweigend hinwegzusehen.

Wie ich schon eingangs erwähnte, ist gerade diese Art Schmutzkonkurrenz nicht geeignet, um die Prinzipalität zur Nachgiebigkeit zu bewegen, wenn Forderungen aufgestellt werden, um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit. Diese Kollegen sind also im Grunde genommen ein Hemmschuh für die Befreiung der übrigen Kollegen. Also hat auch die Gewerkschaft allen Grund, gegen solche Hindernisse anzukämpfen. Auch hierdurch können wir den Arbeitgebern nachweisen, daß wir bestrebt sind, das Gewerbe von allen schädlichen Einflüssen zu befreien. Die Befreiung des Gewerbes liegt doch nicht allein im Interesse der Arbeitgeber, sondern auch der Arbeitnehmer. Nur in aufstrebenden Gewerben können bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Zukunft erzielt werden.

### Mehr Statistisches Material.

In der letzten Nummer der Graphischen Stimmen wurde darauf hingewiesen, daß in den Fabrikbetrieben im Punkte Agitation noch manches gesehen muß, wenn uns diese Arbeitermassen auf die Dauer nicht entzweien bleiben sollen. Ein Umstand, der sich hier hemmend fühlbar zeigt und eine großartige Agitation nahezu unmöglich macht, ist das Fehlen fast jeden statistischen Materials. Wir können die Zentrale und führende Kollegen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Papierfabriken nicht länger mehr in Unklarheit lassen. Es ist Pflicht der Zahlstellenverwaltungen hier Abhilfe zu schaffen, denn die gesammelten Belege werden uns nicht allein einen vorzüglichen Agitationsstoff liefern, sondern was weit wichtiger ist, sie werden uns klar und deutlich zeigen, wo die Kollegen und Kolleginnen der Schuld drückt, damit dort, wo die Situation es zuläßt, rechtzeitig eingegriffen werden kann. Erwünscht sind vor allen Dingen wahrheitsgemäße Angaben über die Höhe des Lohnes und die Dauer der Arbeitszeit. Ferner Auskunft darüber, wie der Lohn verrechnet wird und ob Wurst oder Zeitlohn. Ferner ob irgendwo tarifähnliche Abmachungen bestehen, und was ebenfalls von Wichtigkeit ist, ob die betreffende Firma das sogenannte Prämienystem oder andere „Unterstützungsbarten“ zur Anreizung der Arbeiterkraft eingeführt hat. Schreiber dieser Zeilen kennt verschiedene Firmen, die vor der Lohnverrechnung die Gesamtproduktion um 15%, kürzen, weshalb ähnliche Maßnahmen ebenfalls nicht verschwiegen werden sollen. Auch könnten über die allgemeine Behandlung kurz einige Angaben gemacht werden, ebenfalls über die Größe des Betriebes und über die Organisationsverhältnisse.

Es ist nicht notwendig, daß jetzt nur jeder Verbandskollege sich hinstellt und der Zentrale einen langen Bericht schreibt, ich bin vielmehr der Meinung, daß eine weitestgehende Zahlstellenverwaltung, die schon Mittel und Wege finden würde, die Arbeit zu vereinfachen. Meines Erachtens könnten beispielsweise dort die Kollegen der verschiedenen Beschäftigungsarten das Material leicht zusammenzutragen. Mit Rücksicht auf die im größeren Stile geplante Agitation, besonders für das engere Dürerer Gebiet, wäre es nur wünschenswert, wenn der Bitte zur Materiallieferung recht bald und recht zahlreich entsprochen würde.

H. M.

### Rundschau.

**Rheinischer Arbeitsnachweisverband.** Die Frage einer geregelten und schnellen Vermittlung von Arbeitkräften spielt im heutigen Wirtschaftsleben eine bedeutende Rolle, sowohl in der Industrie wie in der Landwirtschaft und im Handwerk. An einzelnen Orten herrscht manchmal Überfluß, an anderen dagegen gleich-

zeitig Mangel an Arbeitskräften. Sie ausgleichen zu wirken, ist vor allem Aufgabe der Arbeitsnachweise. Das ist aber nur möglich, wenn die Nachweise miteinander in engster Fühlung stehen. Diese ist nun auch für die Rheinprovinz angebahnt durch die Gründung eines Arbeitsnachweisverbandes die am Freitag, den 24. März d. J. in Köln erfolgte und obigen Titel führen soll. Der Sitz des Verbandes ist in Köln.

In der Gründungsversammlung, die statt besetzt war, waren Vertreter der Regierungen, der Kommunen der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, der Arbeitsnachweise und der Arbeiterorganisationen zugegen. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Freiherr von Rheinbaben leitete persönlich die Verhandlungen. Derselbe wies auf die Notwendigkeit eines solchen Verbandes hin, die sich aus dem stark entwickelten Wirtschaftsstreben der Rheinprovinz, die 7 Millionen Einwohner zähle ergebe. Die Provinzen Westfalen und Hessen-Nassau hätten bereits solche Verbände. Ueber den Zweck des Verbandes besaß § 2 der Satzungen: Der Vorstand besteht aus 35 Mitgliedern mit dem Recht der Wahl und setzt sich wie folgt zusammen: 4 Vertreter der Städte, je 3 der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, sowie der Landkreise und der Landgemeinden, 7 Vertreter der Arbeitervereine und 8 der Arbeitsnachweise. Von den Arbeitnehmern erhalten die christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften je 3, die kirchlichen Dürer einen Vertreter. Die 3 christlichen Vertreter sind die Kollegen Debenbach, Köln, J. Königshoorn, Wachen und Noen, Düsseldorf. Die sozialdemokratischen stellen je einen Vertreter aus Köln, Elberfeld und Essen; die G. D. aus Köln.

Den Arbeitsnachweisen der christlichen Gewerkschaften ist anzuraten, sich die Mitgliedschaft beim Rheinischen Arbeitsnachweis-Verband zu erwerben. Anmeldungen sind an die Geschäftsstelle desselben, Köln Badstraße zu richten.

**Zum Tarifablauf in Berlin, Leipzig, Stuttgart** haben die Zahlstellen des Buchbinderverbandes in den Vertragsstädten am 21. März Stellung genommen. Die vorgeschlagenen Verringerungen zum Neuaufschlag fanden die Zustimmung der Versammlungsteilnehmer. Es wurde in allen Versammlungen eine gleichlautende Resolution angenommen. (Wir kommen in nächster Nummer ausführlicher auf diese Angelegenheit zurück.)

### Tageskursus für Buchbinder.

An der staatlich-städtischen Fachschule für Handwerk und Industrie wird im kommenden Sommerhalbjahr ein Kursus für Buchbinder mit vollem Tagesunterricht (wöchentlich 8 Stunden) eingerichtet werden. Der Kursus beginnt am Montag, den 3. April 1911.

Zweck des Kursus. Durch den Kursus soll den im Buchbinderberuf beschäftigten Personen Gelegenheit gegeben werden, sich in den verschiedenen Techniken, insbesondere Kunsttechniken ihres Berufes praktisch zu vervollkommen, sich die für bessere Einbandarbeiten erforderliche zeichnerische Fertigkeit anzueignen und sich Gewandtheit in der Buchführung und in der Abfassung von geschäftlichen Mitteilungen zu erwerben. Der Kursus kann insbesondere denjenigen Personen empfohlen werden, die sich der Meisterprüfung unterwerfen wollen.

Unterricht gegenstände und Stundenplan sind für den Kursus festgesetzt, wie folgt:

Praktischer Unterricht	30 Std. wöchentl.
Buchführung u. Geschäftsbriefwechsel	4 " "
Rechnen	2 " "
Gewerbliche Gelegetunde	2 " "
Freihandzeichnen	4 " "
zusammen 42 Std. wöchentl.	

Zur Aufnahme in den Kursus können nur solche Personen gelangen, die das 17. Lebensjahr vollendet haben und eine mindestens zweijährige Praxis aufweisen können. Der Aufgenommenen hat sich der Schulordnung zu fügen. Anmeldungen zu diesem Kursus müssen sogleich bei dem Direktor der Fachschule erfolgen, der in seinen Amtsstunden auch gern zu weiterer Auskunft bereit ist.

In den Kursus werden auch, soweit neben den Volksschülern noch Plätze verfügbar bleiben, solche Personen aufgenommen, die sich nur auf bestimmten Gebieten des Einbandgewerbes vervollkommen wollen.

Die Dauer des Kursus wird 20 Wochen betragen. Das Schulgeld ist auf 40 Mark (für Ausländer auf 200 Mark) festgesetzt; dasselbe ist vor Beginn des Kursus zu entrichten. Bedürftigen Schülern kann das Schulgeld ganz oder teilweise erlassen werden.

Die für den Unterricht erforderlichen Lernmittel (Reißzeug, Reißzweife, Winkel, Feste usw.) haben sich die Teilnehmer an den Kursen selbst zu beschaffen. Allen, welche noch nicht im Besitz von Zeichenmaterialien sind, wird empfohlen, sich hierzu den Rat der Lehrer einzunehmen. Die Schule ist in der Lage, auch diese Mittel, allerdings nur in beschränktem Maße, den Kurssteilnehmern auf die Dauer des Kursus unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Die Teilnehmer erhalten am Schlusse des Kursus ein Zeugnis, das sich über den Grad der Regelmäßigkeit der Teilnahme am Unterricht und über die in demselben erlangten Kenntnisse und Fertigkeiten ausspricht. Für zurückgelassene Zeugnisse, Feste, Zeichnungen usw. haftet die Schule nicht.

### Das Urteil im Köln-Dürerer Friedensbruchprozess.

Das am 18. März nach sechsstägiger Verhandlung gefällt wurde, hat über 16 Angeklagte zusammen 28 Jahre und 2 Monate Gefängnis verhängt. Die niedrigste Strafe ist mit 6 Monaten, die höchste mit 5 Jahren bemessen. Der als Streikleiter fungierende Gewerkschaftsbeamte Fröhlich vom sozialdemokratischen Bauhilfsarbeiterverband wurde wegen Anstiftung und Mittäglichkeit zu 2 Jahren und 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Ob das sehr hohe Strafmaß bei allen Verurteilten der wirklichen Schuld entspricht, darüber kann man verschiedener

Meinung sein, insbesondere beim Gewerkschaftssekretär Fröhlich, der von eigenen Verbandsgliedern — aber sehr fragwürdigen Elementen — vor Gericht der Anstiftung beschuldigt und so herein gerissen wurde. Nicht ohne Einfluß auf das Strafmaß ist jedenfalls der Umstand gewesen, daß fast alle Angeklagten — teilweise wegen schwerwiegenden Delikten — ganz erheblich vorbestraft waren.

Die wütende Kritik der sozialdemokratischen Presse an dem Kölner Urteil ruft die Erinnerung an einen anderen Friedensbruchprozess, nämlich an Pabstich-Rheinfelder, wach. Damals hat die ganze sozialdemokratische Presse den Streikleiter als den einzigen Schuldigen zu denunzieren versucht, ihn als Pöbel bezeichnet, der die Opfer des Pabstich-Rheinfelder Dramas auf dem Gewissen habe. Damals kam eben kein „Genosse“, sondern ein christlicher Gewerkschaftsbeamter in Frage. Heute aber wird das Kölner Urteil gegen Fröhlich als ein „Schreckensurteil“ bezeichnet, das ob seiner Ungerechtigkeit zum Himmel schreie. Dabei ist es offenkundige Tatsache, daß gegen den sozialdemokratischen Streikleiter Fröhlich viel gravierendere Zeugnisaussagen gemacht wurden wie gegen den christlichen Streikleiter in Pabstich-Rheinfelder, wo das Material nicht einmal zur Erhebung einer Anklage seitens des Staatsanwalts, geschweige zu einer Bestrafung ausreichte. An dem vollständig entgegengesetzten Verhalten der Sozialdemokratie bei den Streikprozessen in Rhein- und Köln erhebt man wieder deutlich ihre Moral mit Doppelt und Wem.

### Sozialdemokratisches Arbeitsmonopol.

In Cottbus hat der sozialdemokratische Bäder- und Konditorenbund einen Tarifvertrag abgeschlossen, der nach einem Bericht der sozialdemokratischen „Märzischen Volkstimme“ (Nr. 48 vom 25. Febr. 1911) die Bestimmung enthält, daß „nur sozialdemokratische Verbandsmitglieder beschäftigt“ werden dürfen. — In der Lebensmittelbranche haben die Sozialdemokraten mit dieser Gemaltpolitik schon in vielen Fällen Erfolg gehabt. Schwer verhänglich ist nur, wie sich Arbeitgeber zu dieser indirekten Unterdrückung der christlichen Arbeiterbewegung und Förderung der Sozialdemokratie hergeben können.

### Ein reuiger Verleumder.

Anlässlich der im November v. J. in München stattgefundenen Gewerbegerichtsversammlung wurde von den Sozialdemokraten das Verbrechen, die christlichen Verleger handelten in den Sitzungen des Gewerbegerichts zum Schaden der Arbeiter. Besonders wurde dieser Vorwurf gegen den an erster Stelle auf der christlichen Liste stehenden Schreiner Faltermeyer erhoben. Endlich gelang es, den Urheber dieser Gerüchte in der Person des sozialdemokratischen Gewerbegerichtsbeisitzers Böswald zu ermitteln. Um einer gerichtlichen Bestrafung zu entgehen, veröffentlicht Böswald jetzt in der sozialdemokratischen „M. Post“ (Nr. 50) und im „Neuen Münchener Tagblatt“ (Nr. 57/58) folgende Erklärung:

„Unterzeichnete nimmt den gegen Herrn Simon Faltermeyer gemachten Vorwurf des Mißbrauchs seines Amtes als Gewerbegerichtsbeisitzer mit tiefem Bedauern als jeglicher Verdrängung zurück und enthält sich in Zukunft derartiger Verleumdungen; außerdem zahlt er fünfzig Mark für den Jugendsicherungsverband.“

Kaspar Böswald, Schlichter.

Wieder ein Beweis, was von sozialdemokratischen Angriffen zu halten ist und in welcher leichtfertiger, frivoler Weise solche gegen die christlichen Arbeiter erhoben werden. Leider ist es nicht immer möglich, die Urheber derartiger Verleumdungen zu fassen.

### Agitatorische Erfolge

haben eine Anzahl christlicher Berufsverbände in besonderem Maße durch die Hausagitation erzielt. Der Textilarbeiterverband hat z. B. in der ersten Hälfte 1910 auf diese Art circa 7000 Mitglieder gewonnen. Ferner hat der Labarbeiter-Verband dieser Art der Agitation wesentliche Fortschritte zu verdanken. Gegenwärtig wird die Werbearbeit in den meisten Verbänden energisch weiter betrieben. Wie der „Vergnapp“ (Nr. 9/1911) mitteilt, macht der Gewerkschaften christlicher Vergarbeiter infolge ihrer gründlichen Hausagitation ebenfalls beachtenswerte Fortschritte. In den letzten Monaten hatte z. B. die Zahlstelle Essen (Stadt) 128 Aufnahmen, Vogelheim 53, Caternberg 48, Alteneffen-Nord 38, Altendorf (Essen) 27, Vortrop-Nord 24, Vatenbrod 23, Beyer 21, Ulrich 24, Dortmund 29, Lütgendortmund 26, Gladbeck 134, Horst-Emscher 34, Westhausen 32, Wülfe 23, Gelsenkirchen A 76, Gelsenkirchen-Liesendorf 71, Wattenhausen 66, Wismar-Ort 43, Röllinghausen 51, Schalke A 46, Gelsenkirchen B 33, Schalke B 33, Hüllen 23, Wattencheid II 35, Wattencheid I 21, Fehler 31, Gänigfeld 21, Blumke 29. Der beste Beweis, was von den bis zum Ueberdruß wiederholten Behauptungen der Gegner von einem Krebsgang des christlichen Gewerkschafts zu halten ist.

### Aus den Zahlstellen.

**Nachen.** Wie wir schon früher mitteilten, sind die im Senefelberbund organisierten Steinbrücker und Strohgraben wegen Nichtbewilligung einer Lohnerhöhung von durchschnittlich 6%, anfangs Februar in den Streik getreten. Trotzdem sich einige Arbeitwillige fanden, auf die die Firma allerdings nicht stolz zu sein brauchte, verpaideten die Ausschichten einen bald beendigten erfolgreichen Kampf. Wie uns nun aber die Tatsachen belehren, ist die vom Senefelberbund eingeleitete Bewegung schließlich beendet worden. In den letzten Tagen suchten mehrere hinter dem Rücken der übrigen Streikenden, Unterredungen mit der Firma Koppke. Es folgte sodann zwischen 16 Mitgliedern des Senefelberbundes und der bestreikten Firma ein Stellbündchen in einer hiesigen Restauration. Dies hatte zur Folge, daß, nachdem 1/3 der Streikenden erklärten, die Arbeit unter jeder Bedingung



aufzunehmen. Der Gauleiter des Senefelderbundes Herr Baulnecht, versuchte die Blamage abzuwenden, wurde aber bei der Firma nicht mehr vorgelassen. Zu den fünf Arbeitswilligen 2. Klasse trat nun nach wochenlangem Streik 16 Arbeitswillige 1. Klasse und Angehörige des Senefelderbundes. Die Arbeitsaufnahme gestaltete sich nicht allzu einfach, denn es wurde von den 16 Angekommenen die schriftliche Bestätigung über den Austritt des Verbandes verlangt, aber damit noch nicht genug, dieselben mußten sich auch verpflichten, der nunmehr geschlossenen gelben Betriebsgewerkschaft mit einem Wochenbeitrag von 40 Pfg. beizutreten. Heute ist es allerdings zu verstehen, weshalb die Firma den geringen Forderungen zu großen Widerstand entgegensetzte, denn sie soll sich schon vor Ausbruch des Streiks geäußert haben, der Senefelderbund wäre seiner Mitglieder nicht sicher. Sie kannte also schon ihre Pappenhemer. Die bestenlohten Arbeiter dieses Betriebes sind durch den untrümblichen Ausgang auf die Strafe gelegt worden.

Wir bebauern den Ausgang dieser Bewegung, aber wir möchten das Geschrei von der Gegenseite hören, wenn unserer Organisation nur ein ähnlicher Ausgang nachgewiesen werden könnte.

**Angsburg.** Unsere am 19. Februar tagende Generalversammlung, welche besonderer Verhältnisse halber so spät verlegt werden mußte, war trotz vorzeitiger Bekanntgabe in unserem Organ, sowie der Tagespresse und trotz der ausgegebenen Einladungen von Seiten der Kollegen und Kolleginnen, sowie von den Mitgliedern der Bruderabteilungen am Orte nur bescheiden besetzt. Selbst nicht einmal ein Mitglied des Ausschusses des Bezirksartikels war erschienen, was von Seiten des Vorstehenden und den übrigen Anwesenden recht bedauert wurde. — Was's Falschig? —

Der ausführliche Bericht des Vorstehenden enthielt folgendes Bemerkenswertes: Im Geschäftsjahre 1910 fanden 6 Ausschüsse, sowie 6 Sitzungen der Gattationskommission statt. Unter den 11 tagenden Mitgliederversammlungen war eine außerordentliche für das Hilfspersonal der Buch- und Zeitungsindustrie Firma Haas u. Grabherr, G. m. b. H. Fast alle Mitgliederversammlungen waren durch gute Referate verflochten. Durch die Tarifbewegung bei der Firma Haas u. Grabherr, G. m. b. H., mußte zufolge der stattgefundenen 3 Sitzungen des Arbeiterausschusses, sowie der 3 Betriebsversammlungen eine Monatsversammlung ausgeschrieben werden. Die Tarifbewegung, die gemeinsam mit dem Deutschen Buchbinderverband geführt wurde und durch Verjüngung von Seiten der Meistervertretung erst im Anfang des Jahres 1910 unterzeichnet werden konnte, brachte der Gehilfenschaft nicht große Vorteile, doch muß anerkannt werden, daß sich die Meisterchaft endlich herbeiließ, um eine Grundlage mit uns zu vereinbaren, welche die Gewähr offen läßt, daß bei der nächsten Revision auf einen weit verbesserten Abschluß gerechnet werden kann. Allerdings brachte diese Lohnbewegung nur geringen Zuwachs an Mitgliedern; doch stieg die Zahl derselben durch die Gewinnung des Hilfspersonals der Firma Haas u. Grabherr um ein ganz Bedeutendes. Letzten Erfolg zeitigte die Bewegung bei genannter Firma zu Ende des Jahres 1910. Der geplante Tarifabschluß scheiterte leider; doch das Organ (das wir bereits in vorigen Nummern unseres Organs bekannt geben) war ein zufriedenstellendes. Die Mitgliederzahl, die im vergangenen Jahre bedeutend wuchs, schwächte leider die dortige Situation etwas, doch können wir nunmehr, was von Vorstehenden betont wurde, auf eine treue Kollegenchaft rechnen; wenn gleich auch manchmal der Besuchsbesuch zu wünschen übrig ließ. — Der Kassenbericht, der an Stelle des erkrankten Kassierers Kollegen Schallig von Vorstehenden in Kürze vorgetragen, wurde unter allgemeinem Beifall und dem Lobe des Kassierers quittiert. Ganz erbaulich ist der Bestand der Kassa. Punkt Neuwahl betraute alle jene Kollegen, die das Jahr 1910 mit Treue ihres Amtes walteten, mit denselben Wählern wieder; nur Kollege Schallig mußte aus Gesundheitsrückgründen auscheiden als Delegierter zum Bezirksartikl. Demnach besteht der Ausschuß: 1. Vorsitzender Fr. Sailer, 2. Vorsitzender Simon Müller, Kassierer Jakob Schallig, Schriftführer Johann Egger, Beisitzer und Revisor Friz Smohl. Delegierter zum Bezirksartikl Kollege Egger. Möge der neue Ausschuß auch im kommenden Jahre durch Zusammenarbeiten Erfolge schaffen, daß war der Wunsch der Erscheinenden.

Schriftliche Anträge lagen nicht vor; doch Kollege Mügele brachte verschiedene kleinere Anträge und Fragen. Laut Beschluß eines Antrages finden in Zukunft die Versammlungen wie folgt statt: In den Sommermonaten April mit September jeden 2. Samstag, in den Wintermonaten Oktober mit März jeden 2. Sonntag im Monat. Wenn so wurde beschlossen, in den Herbstmonaten eine kleine Veranstaltung abzuhalten.

So möge diese Generalversammlung, jenen, die anwesend waren, neuen Ansporn geben zur fleißigen Agitation, neuen Mut, den Draußenstehenden einmal auch erklären, wohin die Arbeiterchaft gehört, wenn ihr drückendes Ringen ums tägliche Brot Erleichterung finden soll. Den Weggebliebenen rufen wir zu: Kommt in Zukunft fleißig in die Versammlungen, verteidigt eure christl. Organisation, reißt allen die Hand um gemeinsam gerecht zu werden, dem wo es heißt: Einer für Alle, Alle für Einen.

**Revelar.** Am Sonntag, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr, fand im großen Saale des Schwarzen Adlers dayer eine öffentliche Buchbinderverammlung statt. Dieselbe war insbesondere von der fleißigen Buchbindereinstellung der Firma Knollmann über: „Die deutsche Arbeiterchaft vor der Entscheidung“ und Zentralvorsitzender Kollege Hornbach über: „Die Tarifpolitik im Buchgewerbe.“

Von der Entstehung des Organisationsgedankens ausgehend, schilderte der erste Redner den Entwicklungsgang der in Deutschland bestehenden Arbeiterorganisationen und deren Tendenzen. Präzise und scharf er-

läuterte er die Scheidelinie der beiden maßgebenden Arbeiterorganisationen, die christliche und sozialdemokratische Richtung. Das starke Wachstum der Arbeiterorganisationen und die dadurch immer stärker zum Ausdruck kommenden vertraglichen Vereinbarungen fordere nachdrücklich die Entscheidung, für die heute noch der Organisation stehende Arbeiterchaft. Entweder rechts oder links, was dazwischen liegt wird erbrütet, wird wenn nicht freiwillig nach der Ueberzeugung entschieden, von der sozialdemokratischen Brutalität und Macht aufgegeben. Die industrielle Zusammenfassung großer Organisationen und die Monopolgefühle und teils schon vorhandene Herrschaft sprächen eine deutliche Sprache. Der Kampf um die Weltanschauung werde nirgends mit größerer Erbitterung geführt, wie zwischen den Arbeiterorganisationen. Nach Ausführung der verschiedensten Beispiele über Terrorismus der sozialdemokratischen Organisationen, sowie statistische Gegenüberstellung der Organisationsstärken, forderte er die Anwesenden auf, sich zu entscheiden, und zwar als christliche Arbeiter, für die christlichen Organisationen als christlich und national geistliche Berufscollegen für den Graphischen Zentralverband.

Vor der zweite Redner Kollege Hornbach auf das von ihm zu behandelnde Thema einging, unterstellte er die Ausführungen von Kollegen Knollmann und legte dar, daß er nicht das erste Mal in Revelar sei, doch sei es die erste Gelegenheit, mit einer größeren Zahl von Berufscollegen hierorts in Führung zu treten. Die Organisation sei für die Revelar Kollegenchaft kein Fremdkörper mehr, zumal sie schon größtenteils Mitglieder waren und als Mitbegründer unserer Organisation angesprochen werden könnten.

Zum Thema selbst erläuterte der Redner eingangs die Bedeutung des Tarifs, seine Entstehung und Entwicklung, insbesondere im Buchgewerbe in Deutschland. Nachdem er die tariflichen Verhältnisse in den graphischen Industrien, sobald die Taktik der Gegner zur Erbringung der Monopolherrschaft in der Arbeitsvermittlung entsprechend charakterisiert hatte, ging er in ausführlicher Weise auf das tarifliche Verhältnis im Buchbindergewerbe ein. Fast alle jene Orte, wo die Buchbinder gut vertreten, seien heute tariflich gesichert. Dringend von Nöten sei die Einführung eines Tarifes für die Gebetbücherbranche im Rheinland. In W. Glabach habe die Organisation in letzterer Zeit gute Fortschritte gemacht und die Vorarbeiten zur Durchführung der notwendigen Bestrebungen bestens im Gange. Die Revelar Kollegenchaft habe es nun in der Hand, sich ihrer Würde zu besinnen und die notwendige Konsequenz zu ziehen, die dazu führe, das zu erringen, was andere schon errungen haben.

Die christlich organisierte Arbeiterchaft habe es tief bedauert, daß die so viel versprechende Jahreshilfe Revelar wieder unbenutzt über den Tisch geschoben ist. Es liege ihm fern, alle jene Gründe heute hier vorzuführen, die zum Versfall der Jahreshilfe beigetragen haben. Der hohe Wert der wirtschaftlichen Organisation sei buzumal so schwach erfaßt gewesen und durch die Jugend des Verbandes und geringe Praxis leitender Personen sei mancher tatsächlicher Fehler gemacht worden. Heute liege unser Verband innerlich und äußerlich gefestigter da und er könne auf tatkräftige Unterstützung der gesamten christlich-nationalen Arbeiterchaft in all seinen Maßnahmen rechnen.

Der Graphische Zentralverband sei heute an 33 Tarifen Vertragskontrahent, wovon 30 Tarife auf die Buchbinderbranche entfielen. Mit geringen Ausnahmen seien fast sämtliche Tarife auf dem Wege friedlicher Verständigung zustande gekommen, was dafür bürgte, daß das Vorgehen des Verbandes stets ein durchaus berechtigtes und nicht auf den Ruin des Gewerbes bedacht gewesen sei. In den verschiedensten Tarifinstanzen könne heute von einem harmonischen Zusammenarbeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gesprochen werden. Die tarifliche Vereinbarung bringe Arbeitgeber und -nehmer Vorteile. Kein Arbeitgeber habe das Recht, der Arbeiterchaft die Rechte der Koalitionsfreiheit zu beschneiden.

Mit dem Wunsche, daß ein besseres Verhältnis über die wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter am Orte Platz greife und sich alle anwesenden Berufscollegen dem Graphischen Zentralverbande anschließen möchten, schloß der Redner seine mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

An der Diskussion beteiligte sich in sehr ausmunternder Weise Kollege Engels und der Versammlungsleiter Kollege Volk, Revelar.

Eine Anzahl Kollegen kamen sogleich dem wiederholt ausgesprochenen Wunsche, den überreichten Aufnahmegettel auszufüllen nach, dagegen ein größerer Teil war noch von der Furcht vor Maßregelung, die schon seit Jahren die hiesigen Kollegen beeinflusst, erschrocken und erklärten ihre Sympathie und den nachträglichen Anschluß außerhalb der Versammlung.

Somit ist nach den verschiedensten Versuchen in Revelar der Gewerkschaftsgebäude auch bei den Buchbindern wieder in Fluß gekommen. Das Eis ist gebrochen und der Wunsch der neuorganisierten Kollegen ist der, daß die junge Jahreshilfe bald wieder zur vollen Blüte ausreift, zum Vorteile der hiesigen Kollegen.

## Literarisches.

**Steuereklamationen.** Die Steuerbehörden sind schon eifrig mit den Einschätzungen zur Einkommensteuer beschäftigt. Nur noch wenige Tage werden vergehen, bis die Einschätzungen den Steuerzahlern zugehen. Um den Arbeitern, Angestellten und Hausgelehrten zur wirksamen Verteidigung gegen zu hohe Besteuerung geeignetes Material an die Hand geben zu können, hat der Verlag der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ in der „Arbeiterbibliothek“ im vorletzten Jahre eine Broschüre über das preussische Einkommensteuergesetz herausgegeben. Dieselbe gibt eine übersichtliche Dar-

stellung des hauptsächlichsten Inhalts des Gesetzes unter besonderer Betonung des für den Arbeiterstand wesentlichsten. Speziell ist das Wesen des Lohnkalküls und der Nebenbezüge klar gestellt und dargestellt, was alles von dem Rohentommen abgezogen werden kann, es sei nur hingewiesen auf die Abgabe bei auswärtiger Arbeit, für Kleiderverleiher, bei Klaustranden, Mitarbeiter der Frau u. dgl. Auch das Einkommen und der zulässige Abzug bei Hausbesitz usw. ist gebührend berücksichtigt.

Um dem Steuerzahler die Anfertigung einwandfreier Einsprüche, Verzugs- und sonstiger Eingaben in Steuerfachen zu ermöglichen, ist dem Büchlein eine Formularsammlung beigelegt. Die Anschaffung des Büchleins ist allen Steuerzahlern dringend zu empfehlen. Es dient auch als Helfer bei der mündlichen Verteidigung der Reklamation und bei eventuell notwendig werdenden Verzugsanträge an die Berufungskommission.

Das preussische Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891, seine wichtigsten Bestimmungen für Arbeiter, Angestellte und Hausgelehrten unter Berücksichtigung der Novellen vom 19. Juni 1900 und 28. Mai 1909. (Arbeiterbibliothek 13. Heft.) 36 Seiten 8. Preis 30 Pfg., postfrei 35 Pfg. W. Glabach 1910, Verlag der Westdeutschen Arbeiterzeitung GmbH. Auch durch jede Buchhandlung zu beziehen.

## Versammlungskalender.

- Versammlungen finden statt:
- Angsburg.** Jeden 2. Samstag, im Monat im Verkehrslokal der christl. Gewerkschaften.
  - Barmen.** Jeden 1. Samstag im Monat, abwechselnd im Restaurant Vogel, Köbigerstr. 16 in Barmen und Rest. Wilm's, Ludwigstr. 31 in Eberfeld. Nächste in Barmen.
  - Bonn.** Jeden letzten Montag im Monat, abends 7 Uhr, im Lokale Blander, Clemens Auguststr.
  - Berlin.** Mittwoch, den 5. April bei Reuter Köpferstr. 62. Tagesordnung äußerst wichtig. Niemand darf fehlen.
  - Bielefeld.** Jeden 1. Freitag im Monat im christl. Gem.-Haus bei Debour, Herforderstr. 84. Anfang 8 Uhr.
  - Dießen.** Jeden 1. Samstag im Monat, Gasthaus Neue Post.
  - Donauwörth.** Jeden 1. Samstag im Monat im Vereinslokal Karl Köhner, Scharfes Gd.
  - Essen.** Dienstag, den 4. April, abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Verbandslokal Reichshaus, Frohnhauserstr.
  - Frankfurt.** Jeden 1. Dienstag im Monat im Reineisal, Langestr.
  - Freiburg.** 8. April, abends 7 1/2 Uhr, Brauerei Gantzer, Schiffstr.
  - Gagen.** Samstag, den 1. April, 8 1/2 Uhr bei B. Glabach, Köernerstr.
  - Kaufbeuren.** Samstag, den 1. April, abends 7 Uhr im katholischen Vereinshaus Rosenau.
  - Köln.** Samstag, den 1. April im Dreieck. Erscheinen der Kollegen Ehrenpflicht.
  - München.** Samstag, den 1. April im Wiesmayer Garten, Schilderstr. 18. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.
  - Münster i. W.** Jeden Samstag nach Erscheinen der Zeitung bei Gastwirt A. Pape, Clemensstr. 31.
  - Nürnberg.** Am Samstag, den 1. April, im Restaurant Kaufertor, Neuhäuser Aufseggasse, abends 7 1/2 Uhr.
  - Paderborn.** Jeden 2. Montag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Puschhaus (Wasserkrust 1).
  - Regensburg.** Jeden 2. Samstag im Monat in der Jakobinegasse.
  - Strasbourg.** Jeden letzten Samstag im Monat im Verbandslokal Münchener Post.
  - Stuttgart.** Am 3. April, im Lokale zum „Römischen König“ Holzstraße 3, abends 8 1/2 Uhr, 1 Treppe.
  - Würzburg.** Am Dienstag, den 4. April.



General-Vertreter für Rheinland und Westfalen: Joh. Gerlach, Köln a. Rh., Essen a. Ruhr, Dortmund, Düsseldorf, Aachen, Eberfeld, Saarbrücken.

Verantwortlich: H. Hornbach-Köln, Palmstraße 14. Köln-Ehrenfeld. Handelsdruckerei, Klasse 2.